

Die Cuxhavener
Gruppe im Rat der Stadt
Am Seedeich 27
27472 Cuxhaven



Cuxhaven, 07.11.2014

An den
Herrn Ministerpräsidenten
Staatskanzlei
Hannover

- offener Brief -

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Weil,

Wir machen uns Sorgen um die Zukunft der Stadt Cuxhaven. Ihnen ist die finanzielle Situation unserer Stadt sicherlich bekannt. Um uns herum fusionieren die Gemeinden des Cuxlandes, um sich zu entschulden. Der Landkreis Cuxhaven ist dank des Entschuldungsvertrages mit dem Land Niedersachsen auf einem guten Weg. Anderen Städten und Gemeinden in Niedersachsen ist geholfen worden. Nur die Stadt Cuxhaven steht kurz vor einer finanziellen Katastrophe.

Was passiert Herr Ministerpräsident, wenn uns die Banken kein Geld mehr leihen?
„Die Cuxhavener“ weisen seit über 10 Jahren darauf hin, dass die Anhäufung der Kassenkredite, die jedes Jahr genehmigt worden ist, rechtswidrig ist. Diesen rechtswidrigen Zustand hat die Kommunalaufsicht immer toleriert. So ist die unheimliche Summe von über 300 Millionen Euro an Kassenkrediten zustande gekommen.

Die von Ihnen abgelöste Landesregierung hat in einem recht offenen Verfahren immer versprochen, zumindest 75% der Schulden zu übernehmen. Seit Sie mit Bündnis 90 / Die Grünen die Landesregierung stellen, sind die Verhandlungen für uns nicht mehr durchschaubar und scheinbarwenig zielgerichtet. Die Stadt Cuxhaven hat fast alle Forderungen der Landesregierung erfüllt, Wir haben Steuern und Abgaben erhöht, Aufgaben an den Landkreis abgegeben und fast jede Einsparmöglichkeit genutzt.

Wir wissen, dass wir die Voraussetzungen für einen „regulären“ Entschuldungsvertrag nicht erfüllen. Denn auch der Haushaltsentwurf für das nächste Jahr weist einen Fehlbetrag von 20 Millionen Euro aus. Wir, „Die Cuxhavener“, haben Vorschläge unterbreitet, wie man auch diesen Fehlbetrag auf eine „schwarze Null“ herunterfahren könnte. Natürlich sind die Abschreibungen in Höhe von 12 Millionen Euro dabei ein nahezu unüberwindbares Hindernis. Abschreibungen für Kommunen sind bundesweit umstritten und aus unserer Sicht eine parteipolitische Spielerei, die für Städte wie Cuxhaven keinen Sinn macht.

Unser Oberbürgermeister erklärt immer wieder, dass es doch nicht sein kann, dass gerade Tourismuskommunen hoch verschuldet sind. Herr Ministerpräsident, wenn Sie Cuxhaven keine rechtliche Möglichkeit einräumen, die Finanzierung der Aufwendungen für den Tourismus zu ändern, werden wir diese Stadt nicht entschulden können.

Dass die Landesregierung uns angeblich untersagt hat, Grundbesitz der Nordseeheilbad GmbH zu veräußern, um bereits laufende Investitionen zu finanzieren, haben wir in diesem Zusammenhang eigentlich nicht geglaubt.

In der Stadt Cuxhaven hat sich ein Investitionsstau im Bereich der Sportanlagen aufgebaut, der dazu führt, dass wir Sporthallen, Sportplätze und ein Schwimmbad betreiben, die extrem hohe nicht mehr zeitgemäße Unterhaltungskosten haben. Hier kann durch sinnvolle Investitionen mittelfristig so gespart werden, dass sich Verkäufe städtischer Grundstücke, zur Finanzierung dieser Vorhaben, rechnen. Auch dieser Teil der Entschuldungsüberlegungen wird angeblich von der von Ihnen geführten Landesregierung kritisch gesehen, weil andere Kommunen nicht verstehen, dass wir Entschulden und gleichzeitig investieren wollen.

Herr Ministerpräsident, es geht hier nicht um andere Städte und Kommunen auch nicht um die Meinung von Organisationen wie dem Niedersächsischen Städtetag. Es geht einzig und allein um die Zukunft der Stadt Cuxhaven. Wir kommen auf den Beginn unseres Schreibens zurück und fragen Sie, was passiert, wenn die Banken Cuxhaven kein Geld mehr leihen? Wir benötigen dringend Ihre Hilfe. Treffen Sie bitte eine Entscheidung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Peter Altenburg ▪ Detlef Baack ▪ Reiner Domaradzka ▪ Jürgen Kucklick

Ilona König ▪ Rüdiger Kurmann ▪ Dieter Lange